

Paroli

Linke Blätter für Stadt, Landkreis und Universität
Ausgabe Nr. 9
Sept./Okt. 2009

Glaubwürdigkeit ist entscheidend

Gespräch mit Henning Köster, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 172 Marburg

Wir erleben einen eigenartigen Wahlkampf. Die CDU geht auf Tauchstation, die SPD gibt sich als Streiterin für Vollbeschäftigung. Was sagt DIE LINKE dazu?

Der SPD glaubt niemand so recht – sie regiert seit elf Jahren. Wer hat denn die Finanzspekulationen gesetzlich ermöglicht? Wer hat mit Hartz IV und Agenda 2010 eine riesige Umverteilung von unten nach oben verursacht? Immer mehr Einkommensmillionäre auf der einen Seite – Armut als Massenerscheinung auf der anderen. Kinderarmut ist Alltag. Sechs Millionen Menschen sollen von Niedriglöhnen leben. Erst mit den Grünen, dann mit der CDU hat die SPD durch Privatisierungen öffentliche Armut befördert. Die Post will alle eigenen Filialen schließen. Der Börsengang der Bahn ist nur auf Eis gelegt. Schon jetzt erleben wir regelmäßige Preiserhöhungen, Personal und Serviceabbau, Streckenstilllegungen.

Und die CDU? Sagt nichts, weiß nichts?

Hält sich bedeckt. Aber zumindest Guttenberg plappert schon sein Rezept für die Zeit nach der Wahl aus: Noch mehr Deregulierung, keine Mindestlöhne, Arbeitnehmer, Rentner und Arme sollen den Gürtel noch enger schnallen. Und das Schlimme ist: Alle anderen Parteien, auch SPD und Grüne, schließen nicht aus, mit denen zu koalieren. Womit wir wieder bei der Glaubwürdigkeit wären.

Und die Linke ...

... sagt als einzige Partei: Hartz IV muss weg, bis dahin Erhöhung auf 500 Euro; Mindestlohn von 10 Euro, damit Altersarmut nicht mehr automatisch folgt. Und nicht erst seit gestern wollen wir die Reichen zur Kasse bitten (Vermögenssteuer für Millionäre, Spitzensteuersatz bis 53 Prozent, Erhöhung der Steu-



▲ Henning Köster wirbt um Erst- und Zweitstimmen für DIE LINKE

ern für hohe Erbschaften). Was gab es nicht für Schwüre, den Finanzhaien, Banken und Börsenspekulanten, denen man erst Tür und Tor geöffnet hatte, es jetzt richtig zu zeigen! Aber es wird weiter spekuliert und es werden riesige Boni bezahlt. Das Geld brauchen wir für die Gebührenfreiheit von der Krippe bis zum Studium. Wir brauchen Schu-

len mit kleineren Klassen und individuelle Fördermöglichkeiten für alle Schüler – egal welcher sozialen oder ethnischen Herkunft. Als Lehrer mit pädagogischer Erfahrung in allen Schulformen fordere ich aus tiefer Überzeugung: gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse – wie fast überall in Europa –, und zwar ganztags.

Fortsetzung S. 4

Oben hui und unten pfui

Im Juli wurde es plötzlich still in Marburg. Die Menschen fragten sich, woher diese himmlische Ruhe denn gekommen sei. Dann fand jemand den Grund: Oberbürgermeister Egon Vaupel war im Urlaub.

Im August war er wieder zurück, und seitdem haben wir wieder das übliche Getöse: Wenn Egon Vaupel irgendwo ein Mikrofon sieht, stürzt er darauf zu und ruft hinein: „Marburg ist Spitze!“

Er meint damit sich selbst und seinen Etat: Die Kasse sei in Marburg gefüllt. Das liege daran, dass er sich mit den Marburger Unternehmern gut verstehe. Allerdings müsse man die bei Laune halten:

Fortsetzung S. 3

Kommentar

Wenn Wahlen...

...etwas ändern würden, wären sie verboten. So lautet ein alter Spontispruch. Angesichts von Sozialabbau, Privatisierung und Krieg in Afghanistan ist man schnell geneigt, dem zuzustimmen. Haben die herrschenden Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne doch seit langem in vielen Fragen gegen die Mehrheit der Bevölkerung regiert. Wer eine solche Politik betreibt, sollte sich über Politik- oder besser Parteienverdrossenheit nicht wundern. Doch die politische Landkarte ist in Bewegung geraten. Vier Jahre wirbelte eine linke Opposition im Bundestag, sagte immer das laut, was ist, auch wenn die anderen Parteien es nur ungern hören wollten.

Mit den Landtagswahlen am 28. August im Saarland, Thüringen und Sachsen haben sich die Gewichte noch einmal verschoben: Die Wahlbeteiligung stieg, wie etwa im Saarland, weil die Menschen mit der LINKEN eine echte Wahlalternative hatten. Anders als von den Demoskopern prognostiziert, sind schwarzgelbe Wahlsiege keine Selbstläufer. Und die Neofaschisten verlieren Prozente, wenn viele Menschen an die Urnen gehen.

Eine gestärkte LINKE kann im Bund den anderen Parteien Paroli bieten und in den Ländern Motor für einen wirklichen Politikwechsel sein. Aber damit sich im Kleinen wie im großen Ganzen etwas ändert, ist es notwendig, dass sich die Menschen zur Wehr setzen und von links und mit der LINKEN Druck machen. Wer will, dass sich wirklich etwas bewegt, sollte auch den Gang zur Wahlurne antreten und mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen.

Jan Schalauske

Termine

■ **Sahra Wagenknecht** kommt
Do., 17. Sept., 17.00 Uhr, Markt

■ **Wahl** zum Bundestag. Erst- und Zweitstimme für DIE LINKE!

So., 27. Sept., 8-18 Uhr

■ **Wahlfete** der LINKEN

So., 27. Sept., ab 17.30 Uhr, Linkes Zentrum, Frankfurter Str. 15

Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum

Frankfurter Straße 15, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

► Erweiterte **Fraktion Marburger Linke**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, donnerstags, 19.30 Uhr

► Die Hochschulgruppe **SDS.DIE LINKE** trifft sich dienstags, 20.00 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 8. Sept. 2009

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de

Coupon

■ Ich will bei der LINKEN aktiv werden

■ Ich will Paroli bekommen

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Lohnt sich eigentlich Opposition?



Foto: Nico Biver

▲ Am Grün konnte neben dem alten Volksbankgebäude eine weitere Bausünde verhindert werden.

Frägt sich, für wen. Die Marburger Immobilienhaie finden sie wahrscheinlich höchst überflüssig und lästig. In den vergangenen Jahren sind ihnen ein paar Coups misslungen.

Der Turnergarten steht noch. Seine Beseitigung schien 2006 nicht mehr abzuwenden. Aber es gab ein aufmerksames Mitglied im Denkmalbeirat, das rechtzeitig laut gab. So wurde er gerettet.

2007 wäre am Rübenstein Nr. 5 fast ein mehrstöckiges Haus errichtet worden, das den Blick ins Tal verschandelt hätte. Wieder fand

sich dasselbe aufmerksame Mitglied im Denkmalbeirat. Bürgermeister Kahle drehte sich und wand sich. Ein Akteneinsichtsausschuss wurde eingesetzt. Jetzt ist der Anschlag aufs Stadtbild gestoppt. Das aufmerksame Mitglied des Denkmalbeirats – es ist Hartmut Lange – wurde übrigens von der Marburger Linken benannt.

Aber es gibt kaum etwas Mobileres als das Immobilienkapital. Es schlüpft in jede Lücke. Zum Beispiel Am Grün. Neben der ehemaligen Volksbank sollte ein Hochhaus entstehen. Bauherr wollte

ein einschlägig bekannter Baulöwe werden. Den Nachbarn wurde angst und bange. Sie schlugen Alarm. Schließlich wurde dem Möchtegern-Bauherren die Sache zu heiß. Er verkaufte das Gelände an die Stadt – für 3,2 Millionen Euro. Drei Jahre vorher hätte sie es von der Volksbank für nur 2 Millionen haben können. Immerhin: Eine Bausünde ist gestoppt.

Dafür droht eine andere. Gegen den Protest der Marburger Linken genehmigte der Magistrat eine Wohnanlage am Erlenring, die in Wirklichkeit eine Kapital-Anlage ist. Wieder war ein bekannter Marburger Baulöwe beteiligt. Plötzlich drohte ein Wohnblock sogar über die genehmigte Höhe hinauszuwachsen. Das Bauamt wusste allerdings, dass ihm die Opposition scharf über die Schulter guckt. Es stoppte den Bau – vorläufig. Jetzt quengelt der Bauherr (die Firma Depant). Fünfzehn Appartements, die er schon verkauft hat, darf er nicht bauen. Er hat sich verspekuliert. Es sei denn, der Magistrat fällt um. Daran müssen wir ihn hindern.

Georg Fülberth

Monster muss man zähmen

Rot-Grün gegen Ideenwettbewerb zum Umbau der B3

Es soll ja noch Bürgerinnen und Bürger geben, die gerne ohne Gehör- und Atemschutzgerät an der Lahn liegen oder spazieren gehen wollen, um die wenigen freien Minuten in der Natur zu verbringen.

Viel Aufmerksamkeit fand deshalb ein Vorschlag der Marburger Linken, mit dem sie ein altes Marburger Ärgernis angreift: die Stadtautobahn. Ein Ideenwettbewerb soll ausgeschrieben werden mit dem Ziel, die Stadtautobahn so in das Marburger Stadtbild zu integrieren, dass sie künftig möglichst nicht mehr wahrnehmbar ist. Das heißt: etappenweiser Umbau auf der gesamten durch Marburg führenden Strecke, wobei die bestehenden Verkehrsanschlüsse weitestgehend erhalten bleiben, die Autobahn selbst aber aus dem Blick-, Geruchs- und Hörfeld verschwindet.

Es ist nicht einzusehen, dass wir uns mit diesem Monstrum bis in alle Ewigkeit abfinden. Dem Stadtparlament sollte daher keine Anstrengung zu groß sein, diese Fehlentwicklung zu beheben. Während jedoch die CDU diesem Ideen-

wettbewerb zustimmte, mußten wir uns doch sehr über die ablehnende Haltung von SPD und Grünen wundern, denen offenbar eine marginale Erweiterung der Lärmschutzwände auszureichen scheint. Dabei ist bekannt, daß diese bestenfalls im unmittelbaren Umfeld, nicht aber in erhöhten Lagen Wirksamkeit zeigen.

Dr. Michael Weber



Foto: Nico Biver

▲ Anders als von den Erbauern der Stadtautobahn erwartet, haben sich die MarburgerInnen nicht an diesen Anblick gewöhnt.

Armes reiches Marburg

Rot-Grün hortet Millionenüberschüsse bei Gewerbesteuer

Die Schweinegrippe hat auch was Gutes – zumindest für Marburg. Die Impfstoffe, die hier hergestellt werden, werden nicht nur Aktionäre reicher, sondern auch die Kassen der Stadt voller machen.

Möglicherweise wird dann der alljährliche überplanmäßige Zuwachs bei der Gewerbesteuer noch höher ausfallen. In den letzten sechs Jahren übertrafen die Einnahmen die Haushaltsplanung um durchschnittlich 60 Prozent beziehungsweise 20 Mio. Euro. Bei derart krassen Fehlplanungen liegt der Verdacht nahe, dass in den Haushaltsberatungen im Dezember die Einnahmen bewusst klein gerechnet werden, um Forderungen der Linken abzublocken. Die Abschaffung der Kindergartengebühren, kostenlose

Busbenutzung für Stadtpassinhaber, Anhebung von Niedriglöhnen bei den städtischen Unternehmen oder die Erhöhung des Kulturhaushalts – nie war Geld dafür übrig.



▲ Fraktion der Marburger Linken: Halise Adsan, Georg Fülberth, Birgit Schäfer und Dr. Michael Weber. Nicht im Bild: Astrid Kolter.

Wenn dann im Frühling die Gewerbesteuerquellen sprudelten, konnte man von Glück reden, wenn von den Millionen Euro Mehreinnahmen mal ein paar Brosamen für bedürftige Schulkinder abgezweigt wurden. Der Überschuss wurde von der rot-grünen Koalition im Handumdrehen für angeblich unabdingbare Zwecke verplant, Schulden zu-

Fortsetzung von S. 1

Oben hui und unten pfui

Für den Haushalt 2009 hat Vaupel die Gewerbesteuer kräftig gesenkt, und die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist ihm dabei hinterher gelaufen. Leider haben wir nicht herausgefunden, welcher Marburger Unternehmer sich diese Wohltat vom Magistrat gewünscht hat, vielleicht verbunden mit der dezenten Drohung, sonst könne man den Geschäftssitz auch woanders hin verlegen.

Na gut, könnte man sagen: Wenn's der Sache nützt... Wo es große Pferdeäpfel gibt, haben auch die kleinen Spatzen etwas zu picken.

Die Spatzen sehen das vielleicht anders. Wir wissen nicht, was von Vaupels Investoren-Liebe für sie abfällt. In diesem Punkt ist er schweigsam.

Am 21. Mai hatte die Fraktion Marburger Linke eine Große Anfrage eingereicht. Sie will wissen,

wie viele Menschen in Marburg auf Lohnersatzleistungen und Sozialleistungen angewiesen sind, also: Wie viele Arme es in unserer Stadt gibt.

Der Magistrat schwieg. Nachdem die in der Geschäftsordnung vorgesehene Frist abgelaufen war, fragten wir nach. Statt des urlaubenden Oberbürgermeisters antwortete Bürgermeister Kahle: Eine Antwort sei „aufgrund der personellen Ressourcen derzeit nicht möglich“.

Aha. Die Kassen der Stadt sind voll. Dennoch spart der Kämmerer an Personal. Wichtige Probleme des Sozialbereichs können also nicht bearbeitet werden. Der Magistrat will gar nicht erst wissen, für wie viele Arme er eigentlich etwas tun müsste.

Wie nennt man das?

Oben hui und unten pfui.

Georg Fülberth

rückgezahlt oder Rücklagen gebildet. Gegenwärtig liegen 55 Mio. Euro auf der hohen Kante – mehr als die Schuldensumme der Stadt.

Angesichts der Wirtschaftskrise war man diesmal fast versucht zu glauben, dass die im Haushalt 2009 anvisierten 62,5 Mio. Euro Gewerbesteuer eher zu hoch angesetzt sind. Doch weit gefehlt. Pharmabetriebe und Finanzberatungsunternehmen scheinen in Konjunkturtal gut zu gedeihen. Die Gewerbesteuer steigt auf 72 Mio. Euro – obwohl Marburg 2008 den Steuersatz um 7,5 Prozent gesenkt hat. Im soeben verabschiedeten Nachtragshaushalt wurde sie nur mit 67 Mio. ausgewiesen, damit DIE Linke nicht „auf dumme Gedanken“ kommt. Die ließ es sich den-

Ortsbeirat Ockershausen

Kein Wildwuchs von Mobilfunkmasten

Immer wieder gibt es Anfragen an den Ortsbeirat Ockershausen wegen der Errichtung von Mobilfunkmasten. Die Marburger Linke wird keinen neuen Masten zustimmen, bevor nicht folgende Punkte aus einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen im Ortsbeirat erfüllt sind: Der Magistrat der Stadt Marburg soll ein aktuelles Kataster der bereits bestehenden Mobilfunkstationen in Marburg erstellen und ein Gutachten in Auftrag geben, das folgende Punkte klärt:

Welche Standorte im Marbur-

ger Raum eignen sich für Mobilfunkmasten unter der Maßgabe einer möglichst geringen Beeinträchtigung der Anwohner, des Naturschutzes und des Landschaftsbilds?

Entspricht die vorhandene, zum Teil sehr hohe Dichte von Funkmasten dem tatsächlichen Bedarf? Wie kann ein Wildwuchs von immer mehr, immer dichter gesetzten Masten der unterschiedlichen Betreiber verhindert werden? In Erinnerung ist die heftige Auseinandersetzung um den Mobilfunkmast an der Hohen Leuchte. Im Stadtwald gibt es bereits eine ungute Häufung von Masten. Der unkontrollierte Wildwuchs muss gestoppt werden. *Renate Bastian*

Mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen!

Mal ehrlich: Für die meisten Mitbürger beginnt und endet die Beteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen an der Wahlurne. Natürlich nur im fünfjährigen Turnus, versteht sich. Ein Mehr wäre aus Sicht konservativer Kräfte ja nur störend. Und das Wenige gilt noch nicht einmal für alle. Zum Beispiel nicht für die meisten ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie brauchen das kommunale Wahlrecht.

Die Marburger Linke hat hierzu sowohl im Stadtparlament als auch im Kreistag bereits Anträge zur Unterstützung des Projekts „Demokratie braucht JEDE Stimme!“ (www.kommunales-wahlrecht.de) eingebracht. Wie erwartet entschied sich die CDU in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. September im Gegensatz zu einer breiten Mehrheit gegen derart moderne Mitbestimmungsmöglichkeiten. Integration fordern, heißt auch Integration fördern!

Darüber hinaus wird die Marburger Linke in Kürze eine neue Webseite anbieten, die mit Hilfe eines vorformatierten Webformulars dazu beitragen soll, dass Marburgs Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Vorstellungen über unsere Bürgervertreter direkt ins Parlament tragen können. *Dr. Michael Weber*

Spitzenkandidatin

Sabine Leidig

Ihre private Heimat ist Heidelberg, ihre politische ist attac. So galt das zumindest bis vor Kurzem für Sabine Leidig. Nun kandidiert



sie auf Platz eins der hessischen Landesliste für DIE LINKE und will in den Bundestag. Damit ging sie einige Schritte in einen neuen Lebensabschnitt – wie sie sagt. Die Entfernungen, die sie dabei zurück legen musste, sind nicht groß. Mit ihrer Familie wohnt sie zwar im Nachbarland, arbeitete aber mitten in Hessen, in Frankfurt. Anlässlich ihrer Kandidatur ist sie in die LINKE eingetreten. Aber als Geschäftsführerin von attac stand sie auch hier mittendrin – in den Bewegungen für ökologisches Umdenken, für demokratische und soziale Rechte, gegen Kriege und für ein partnerschaftliches Zusammenleben auf dem Globus. Und auch mit ihrem gewerkschaftlichen Engagement musste sie keine langen Wege gehen, als sie Mitglied der LINKEN wurde.

Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise fordert sie:

Die Verarmungsprogramme Hartz IV und „Rente mit 67“ müssen weg;

Umfassende staatliche Investitionen in Bildung;

„Öko-Check“ für alle Konjunkturmaßnahmen;

Soforthilfen für die Volkswirtschaften im globalen Süden, Kontrolle des Kapitalverkehrs. reb

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Vielfältige Unterstützung für Marburger Wahlaufufruf

Mit einem Wahlaufufruf werben Menschen aus Marburg und den Kreisgemeinden dafür, der LINKEN bei der Bundestagswahl die Erst- und Zweitstimme zu geben. Der Aufruf wird in gekürzter Form mit den Namen aller UnterzeichnerInnen in der Woche vor der Wahl in der Marburger Presse veröffentlicht werden. Im Aufruf heißt es:

„Wir rufen auf, die LINKE zu wählen, weil

■ sie die Banken vergesellschaften und die Finanzmärkte strikt kontrollieren will;

■ sie jährlich 100 Milliarden Euro für Bildung, eine Energiewende, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur investieren und damit tariflich entlohnte Arbeitsplätze schaffen will;

■ sie für einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn kämpft und Maßnahmen gegen Lohndumping durchsetzen will;

■ sie Hartz IV abschaffen, die Zweiklassenmedizin durch eine Bürgerversicherung ersetzen und die Rentenkürzungen und Rente ab 67 zurücknehmen will;

■ sie die Verursacher der Krise durch eine Millionärssteuer und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes zur Verantwortung ziehen will;

■ sie als einzige Partei jegliche Kriegseinsätze der Bundeswehr im

Ausland ablehnt und ihren Abzug aus Afghanistan fordert.“

Der vollständige Aufruf und die Liste der bisherigen UnterzeichnerInnen ist zu finden unter www.die-linke-marburg.de.

Aufruf und Unterschriftenformulare können dort heruntergeladen werden. Zustimmungserklärungen (inklusive Wohnorts- und Berufs-/ Funktionsangabe) können bis zum 19. September geschickt werden

▶ an biver@die-linke-marburg.de
▶ per Fax an 06421-175618 oder
▶ per Post an Nico Biver, Hirtengarten 6, 35043 Marburg.

Für die Veröffentlichung wird um Spenden gebeten auf das Konto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf, Konto-Nr. 176 239 07, Volksbank Mittelhessen (BLZ 513 900 00)

ERSTUNTERZEICHNER/INNEN: Bernd Albert (Lehrer), Wilfried Amediek (ltd. Soz. Pädagoge), Dr. Friedrich-Martin Balzer, Angelika Becker (Lehrerin), Franz Becker (Metzgermeister, Rentner), PD Dr. Johannes M. Becker (Hochschullehrer), Frank-Peter Böcher (Rentner), Roland Böhm (Betriebsratsvorsitzender), Dr. Kurt Bunke (Verwaltungsbeamter, Cöbbe), Prof. Dr. Frank Deppe (pens. Hochschullehrer), Volrad Döhner (Lehrer); Dr. Ilina Fach, Georg Fülberth (Stadtverordneter), Eva Chr. Gottschaldt (freiberufl. Fremdsprachenkorrespondentin), Reinhard Heck (Lehrer, Kirchhain), Prof. Dr. Lutz Heusinger (Kunsthistoriker), Max Jablonowski (AStA-Referent); Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll (Lehrbeauftragte), Erwin Junker (Lehrer); Markus Karger (Vorstand der AG der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Kurhessen Waldeck, Wetter), Astrid Kolter (Studentin), Brigitte Kustosch, Hartmut Lange (Lehrer), Gisela Lechner-Böhm (Erzieherin), Godela Linde (Teamleiterin), Ludwig Luttrupp (Lehrer), Pit Metz (Rehabilitationslehrer), Gert Meyer, Walter Munyak (Angestellter, Stadtallendorf), Hannelore Orbach (Lehrerin), Ralf Paul (Schornsteinfeger, Angelburg), Steffi Pohl (Psychologie-Studentin), Prof. Dr. Holger Probst (Hochschullehrer i.R.), Hans Rink (Rentner, Bad Endbach), Prof. Dr. Rainer Rilling

Fortsetzung von S. 1

Glaubwürdigkeit ist entscheidend

Bis zum Bombenangriff in Kundus spielte das Thema Afghanistan kaum eine Rolle im Wahlkampf. Was fordert DIE LINKE?

Es ist gespenstisch: Deutschland führt Krieg und wir erfahren kaum was darüber. Wahrscheinlich, weil eine große Mehrheit gegen diesen Krieg ist. Afghanistan ist weiter destabilisiert worden. Mit deutscher Unterstützung fallen Bomben. Es gibt immer mehr zivile Opfer. Dieser Krieg muss sofort beendet werden. Es muss verhandelt werden. Zivile Projekte und Aufbauhilfe sind mit den frei werdenden Geldern zu fördern.

Zu Dir persönlich. Du bewirbst

Dich als Direktkandidat. Weshalb sollte man Dir seine Stimme geben?

Zweitstimme für DIE LINKE – das ist klar, dafür steht das Programm. Ich werbe dafür, auch mir persönlich die Erststimme zu geben. Die Mitbewerber haben bei Hartz IV, Afghanistan und Bahnprivatisierung fast identische Positionen. Sören Bartol ist deshalb sogar in seiner eigenen Partei heftig umstritten und hat keinen Listenplatz. Wer ihn wählt, stärkt den rechten Flügel der SPD. In aller Bescheidenheit: Im Vergleich stehe nur ich glaubhaft für die Stärkung sozialer und friedensorientierter Politik.

(wiss. Referent der RLS), Prof. Dr. Eckhard Rohrmann (Hochschullehrer), Birgit Schäfer (Künstlerin), Ingeborg Schmidt-Böcher (Angestellte), Karla Schrader (Dipl. Finanzwirtin), Ralf Schrader (Lehrer i.R.), Prof. Dr. Gert Sommer (Hochschullehrer i.R.), Jochen Spiller (Diplomsoziologe), Birgit Spiller-Rothholz (Diplom-Soziologin), Ulrike Töllner-Göktas (Lehrerin), Konrad Weber (Rentner, Kirchhain), Dr. Sabine Wendt (Rechtsanwältin), Hans-Peter Wieth (Gewerkschaftssekretär, Angelburg), Werner Zentner (Sachbearbeiter), Christiane Zielosko (Physiotherapeutin), Christian Zimmermann (Arzt)

Briefwahl:

Bequem und auf Nummer sicher

Wer am Wahltag, am 27. September, verhindert ist, sollte schon jetzt seine Stimme per Briefwahl abgeben.

Der Wahlschein, der die Briefwahl ermöglicht, wird bei der Stadt beantragt. Das geht persönlich, per Brief, per Fax, per E-Mail, jedoch nicht telefonisch. Noch einfacher ist es mit der Wahlbenachrichtigungskarte oder im Internet: www.marburg.de/detail/85223

Letzter Termin für die Beantragung der Briefwahl ist Freitag, der 25. September, um 18.00 Uhr.

Sind die Briefwahlunterlagen angekommen, sollte natürlich auf dem Stimmzettel zweimal DIE LINKE angekreuzt werden – die Erststimme für Henning Köster und die Zweitstimme für die Partei DIE LINKE. Der Stimmzettel kommt in den blauen Umschlag, und dieser wird zugeklebt. Dann ist auf dem Wahlschein die Erklärung zu unterschreiben. Der unterschriebene Wahlschein und der blaue Umschlag werden zusammen in den roten Briefumschlag gesteckt und unfrankiert in einen Post-Briefkasten eingeworfen.

Es geht aber noch einfacher. Im Marburger Rathaus ist seit dem 31. August das Wahlamt geöffnet. Marburger WählerInnen können dort die Briefwahl beantragen und sofort wählen (Ausweis und Wahlbenachrichtigungskarte mitbringen). Das Rathaus ist von 8 bis 16 Uhr geöffnet (donnerstags bis 18 Uhr und freitags bis 12 Uhr – mit Ausnahme vom 25. September, an dem bis 18 Uhr geöffnet ist).

Wer nicht sicher ist, ob sein Stimmzettel per Post noch rechtzeitig beim Wahlamt ankommt, kann den Umschlag bis zum 27. September um 18.00 Uhr in den Briefkasten vom Rathaus einwerfen.

Informationen zur Briefwahl in Marburg sind erhältlich unter:

www.marburg.de/detail/85036

Millionärssteuer statt Sozialabbau

Wie realistisch ist das Programm der LINKEN?

Michael Schlecht
ver.di-Chef-Volkswirt, Vorstand DIE LINKE

21.9. 19.30 Uhr
Foyer des TTZ
SoftwareCenter

Frankfurter Str. 15
35037 Marburg
Tel. 06421-163873

DIE LINKE.

www.die-linke-marburg.de